

Notizen

Kirche dürfe nicht bloß Interessenverein von religiös Veranlagten werden oder als Lobby für eine Schicht von Kirchenfunktionären erscheinen, sondern müsse immer als Kirche erkennbar bleiben. Darauf wies der Erfurter Bischof Joachim Wanke in einem Referat über die Aufgaben der Kirche nach dem Ende der sozialistischen Gesellschaft in der Katholischen Akademie Berlin hin. Kirche, so Wanke, dürfe auch nicht zur Wohlfahrtseinrichtung werden, ebensowenig zum Verein für denkmalgeschützte Bräuche und Riten. Sie müsse darauf achten, nicht vor fremde Karren gespannt zu werden, auch nicht von gutmeinenden Politikern. Der abnehmende Einfluß der Kirche werde diese Gefahr verringern, aber „tendentiell kann man auch mit einer kleiner gewordenen Kirche manches ‚Kirchenfremde‘ anstellen“.

Im Rahmen der „Ökumenischen Dekade – Solidarität der Kirche mit den Frauen“ besuchte Anfang Februar eine international und interkonfessionell besetzte achtköpfige Delegation des Ökumenischen Rates der Kirchen auch die deutschen ÖRK-Mitgliedskirchen. Bisher hat es bereits in 30 Ländern „Teamvisiten“ gegeben, 75 sind insgesamt geplant. Deren Ziel sei es zu zeigen, so ÖRK-Generalsekretär Konrad Raiser, was die Kirchen auf dem Weg zu einer integrativen Gemeinschaft von Männern und Frauen bereits erreicht hätten und wo weiterhin Hindernisse lägen. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof Karl Lehmann betonte, das Anliegen der Ökumenischen Frauendekade werde von der katholischen Kirche voll mitgetragen. Bei einem Empfang für die Delegation rief Lehmann dazu auf, der Gewalt gegen Frauen energisch entgegenzutreten.

Gottesdienstliche Segenshandlungen für homosexuelle Partnerschaften analog der Trauung könnten nicht befürwortet werden, betont die Arnoldshainer Konferenz – ein Zusammenschluß von 16 evangelischen Kirchenleitungen in Deutschland – in einem Anfang Februar veröffentlichten Votum ihres Theologischen Ausschusses zum Thema „Gottes Segen und die Segenshandlungen der Kirche“. Die Begründung für die Ablehnung: Die Einzigartigkeit der Ehe von Mann und Frau dürfe die Kirche nicht durch vergleichbare Segenshandlungen undeutlich

werden lassen, nur für die Ehe „gibt es klare biblische Grundlagen, die sich auf die dauerhafte verantwortliche Lebensgemeinschaft von Mann und Frau und die dadurch mögliche Nachkommenschaft beziehen“.

Auf seiner dritten Generalversammlung Ende Januar dieses Jahres im chilenischen Concepción hat der Lateinamerikanische Kirchenrat, dem heute mehr als 150 protestantische Kirchen und Organisationen angehören, zu einem verstärkten interkonfessionellen und interreligiösen Dialog aufgerufen; vor allem mit der katholischen Kirche solle dieser auf allen Ebenen wiederaufgenommen werden, betont das Schlußdokument. Zum ersten Mal hatte die Führung des Kirchenrates keine katholischen Beobachter zu der Versammlung eingeladen und dies mit der verschlechterten Beziehung zwischen Protestanten und Katholiken begründet. Auch mit den anderen protestantischen und pfingstlerisch orientierten Kirchen, die nicht dem Rat angehören, solle der Dialog gesucht werden. Zugleich wählte der Kirchenrat den brasilianischen lutherischen Theologen Walter Altmann zum Präsidenten als Nachfolger des methodistischen Bischofs Federico Pagura, der den Kirchenrat seit seiner offiziellen Gründung 1982 leitete.

Nach Angaben des nationalen Amtes für Statistik gehörten 1994 knapp 50 Prozent der Südkoreaner über 15 Jahren einer Religionsgemeinschaft an. Größte Religionsgemeinschaft sind die Buddhisten mit 24,4 Prozent (1991 waren es noch 27,7 Prozent). An der zweiten Stelle folgen die Protestanten mit 18,2 Prozent (1991 waren es 18,6 Prozent). Der Anteil der Katholiken betrug 1994 in Südkorea 5,9 Prozent (1991 waren es 5,7 Prozent). Der Statistik zufolge besuchten 1994 77 Prozent der südkoreanischen Protestanten und 66 Prozent der Katholiken mindestens einmal im Monat einen Gottesdienst.

Zur Aussöhnung zwischen den gegnerischen Volksgruppen in Ruanda und Burundi haben die katholischen Bischöfe der beiden ostafrikanischen Länder aufgerufen. In einem gemeinsamen Aufruf, der im Januar veröffentlicht wurde, heißt es, die im Konflikt befindlichen Parteien sollten die ethnischen Spaltungen überwinden und sich für den Aufbau ihrer jeweiligen

Nation in Friede und Harmonie einsetzen. Die politische Führung beider Länder wird aufgefordert, sich für das Wohlergehen aller Einwohner einzusetzen. Beide Länder müßten wieder Rechtsstaaten werden, die vor allem Sicherheit, Gerechtigkeit und Gleichheit aller Bürger garantierten. Als schwerwiegende Probleme beider Länder werden die Hilfe für Flüchtlinge und Wohnungslose und die Förderung des Demokratisierungsprozesses genannt.

Die katholischen Bischöfe von Zaire haben die Regierung ihres Landes beschuldigt, die Bevölkerung im Vorfeld der Wahlen zu terrorisieren und „mit physischen und psychischen Angriffen“ zum Schweigen zu bringen. In einem im Dezember veröffentlichten Kommuniqué schreiben die Bischöfe, wer in den Verdacht der Opposition zum Regime gerate, der schweben in ernster Gefahr. In mehreren Regionen des Landes sei es zu schweren Plünderungen und Zerstörungen gekommen, um die Menschen einzuschüchtern und Zusammenstöße zwischen Stammesgruppen zu schüren. Die Bischöfe appellierten an die Behörden, die Unterdrückung zu beenden, Voraussetzungen für Frieden zu schaffen, die Sicherheit aller Einwohner des Landes zu garantieren und dem Volk Grundrechte und -freiheiten einzuräumen.

Die orthodoxen Kirchen in Nordamerika haben die Absicht, näher zusammenzurücken. Die Bischöfe von elf orthodoxen Kirchen kündigten die Einrichtung eines gemeinsamen Verwaltungsbüros an. Die Kirchen würden ihre eigene Identität und ihren eigenen Namen behalten, aber eine Organisation schaffen, mit der sie zu wichtigen religiösen, sozialen und politischen Fragen „mit einer Stimme“ sprechen könnten, hieß es. „Wir glauben, daß sich unsere Aufgabe nicht länger darauf beschränken können, Einwanderer zu betreuen. Vielmehr haben wir die missionarische Aufgaben, in Kanada und den Vereinigten Staaten neue Mitglieder zu gewinnen“, erklärten die Bischöfe. Der beabsichtigte Schritt muß noch von den Mutterkirchen gebilligt werden. In Kanada und den USA leben rund fünf Millionen Orthodoxe.

Beilagenhinweis
Dieser Ausgabe ist eine Eigenwerbung (Verlegerbeilage) beigefügt.